

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

8. April 1948

Blatt 525

Die Gemeinde wird weiterbauen =====

Im Wiener Gemeinderat haben die kommunistischen Gemeinderäte Maller und Genossen im Vorjahre einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der als "Kommunistisches Wohnbauprogramm" bezeichnet wurde. Der Antrag verlangt innerhalb von 4 Jahren den Wiederaufbau von 30.000 durch Kriegshandlungen beschädigte bzw. zerstörte Wohnungen und den Neubau von 40.000 Wohnungen, wovon die Hälfte als Siedlungshäuser errichtet werden soll. Dem Dringlichkeitsantrag war ein umfangreiches Exposé beigegeben. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Nach gründlichem Studium durch die Stadtbaudirektion und nachdem von den Antragstellern Ergänzungen des Exposés und Aufklärungen verschiedener unklar formulierter Angaben erteilt worden sind, konnte sich heute vormittags der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten mit dem Antrag beschäftigen. Das Referat darüber erstattete Stadtbaudirektor Dipl. Ing. Gundacker. Er behandelte einleitend die Frage des tatsächlichen Wohnungsbedarfes in Wien, der mangels verlässlicher statistischer Unterlagen aus der letzten Zeit kaum exakt errechnet werden könne. Am ehesten ist jedoch der tatsächliche Wohnbedarf der Stadt Wien an der Zahl der im Wohnungsamt in Behandlung stehenden, mit I klassifizierten Wohnungsgesuche zu messen. Nach den Mitteilungen des Stadtrates Albrecht in der Budgetdebatte des Wiener Gemeinderates, sind derzeit 25.704 Parteien mit I qualifiziert im Wohnungsamt vorgemerkt. Ihre Zahl entspricht also dem derzeitigen Wohnungsbedarf.

Über Größe und Qualität der Wohnungen, die im Exposé zum vorliegenden Antrag vorgesehen sind, gibt es kaum eine Differenz, weil sie den Typen entsprechen, die von der Gemeinde Wien bis-

her gebaut wurden bzw. in den Bauplänen, die derzeit in Durchführung begriffen sind, ebenso vorgesehen sind. Differenzen ergeben sich jedoch bei der Berechnung des umbauten Raumes, der in dem Exposé des kommunistischen Antrages in vielen Punkten sparsamer und derart knapp bemessen ist, daß damit auf keinen Fall das Auslangen gefunden werden kann. So wurde die Deckenkonstruktionshöhe nur mit 20 cm berechnet, während allgemein 32 bis 35 cm angenommen werden müssen. Auch hinsichtlich der Anteile von Keller und Dachboden wurden falsche Annahmen festgestellt.

Das Exposé rechnet durchschnittlich mit 200 m^3 , während 260 m^3 verbauter Raum pro Wohnung oder Siedlerhaus angenommen werden müssen. Daraus ergibt sich eine Erhöhung der Baukosten, die in dem Exposé mit 1 Milliarde Schilling errechnet wurden, bei gleichen Preisrelationen auf 1.285.000.000 Schilling.

Die Vorschläge des Exposés hinsichtlich der Bauorganisation und der Baumethoden sind im allgemeinen nicht neu und werden von der Gemeindeverwaltung bei ihren Bauführungen ohnedies praktiziert. So ist es selbstverständlich, daß Türen, Fenster und andere Bauelemente normiert verwendet werden. Das Exposé verlangt die Schaffung von Großbaustellen, ohne jedoch die enormen Aufschließungskosten, die sich daraus ergeben, in den Baukosten zu berücksichtigen.

Schwere Fehler hatten auch den Berechnungsgrundlagen des Exposés für Baumaterial an. So wird z.B. angenommen, daß für den Bau von Siedlungshäusern keine Mauerziegel sondern nur Holzsteine verwendet werden sollen. Auch der Zementbedarf wurde viel zu gering angenommen. Das gleiche gilt von anderen Baustoffen.

Hinsichtlich der Beschaffung des zur Ausführung des Bauprogramms nötigen Baumaterials verweist das Exposé auf die Tatsache, daß Wien 45% aller Kriegsschäden Österreichs aufweist und zieht daraus den Schluß, daß daher der Stadt Wien für Wohnbauzwecke 45% der gesamten Baustoffproduktion Österreichs zugewiesen werden müssen. Demgegenüber stellt Baudirektor Gundacker fest, daß 20% der gesamten Baustoffproduktion von vornherein den Besatzungsmächten zukommen, daß ferner zuerst der Bedarf der Sonderkontingentträger, wie Bundesbahn, Post, Energieversorgung, Bundesgebäudeverwaltung usw. gedeckt wird und daß erst das übrige Material auf Grund des vom Bundesministerium für Handel und

Wiederaufbau festgesetzten Schlüssels auf die Landesregierungen verteilt wird. So entfallen z.B. von einer Gesamtproduktion von 52.000 t Eisen nur 18.000 t auf die Bundesländer. Die Gemeindeverwaltung hat ihren Bedarf an Baumaterial für 1948 so errechnet, daß die folgenden drei Aufgaben erfüllt werden können.

- 1.) Die Fertigstellung der begonnenen Bauten;
- 2.) Die Behebung von Zeitschäden und der dringendsten Kriegsschäden;
- 3.) Die Behebung von Totalkriegsschäden und die Ausführung von Neubauten.

Das Wohnbauprogramm der kommunistischen Gemeinderatsfraktion geht insofern von falschen Voraussetzungen aus, als es auch bei dem Versuch, das Problem der Baustoffbeschaffung zu lösen, völlig übersieht, daß neben dem Bau von Wohnungen auch Industrie- und landwirtschaftliche Bauten sowie öffentliche Bauten errichtet werden müssen.

Nach den von Baudirektor Dipl. Ing. Gundacker mitgeteilten Details des vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau ausgearbeiteten Konzentrations-Bauprogramms ergibt sich, daß die Stadt Wien in diesem Jahre wohl annähernd mit der Befriedigung ihres Bedarfes an Dachpappe und Dachziegeln wird rechnen können, daß aber bei einem angemeldeten Bedarf von 82 Millionen Mauerziegeln nur die Lieferung von 70 Millionen Stück zugesagt wurde. Nach dem kommunistischen Wohnbauprogramm, das für heuer den Neubau von 6.000 Wohnungen vorsieht, für die je 17.000 Stück Ziegel berechnet sind, würden bloß für diese Neubautätigkeit 102 Millionen Stück Ziegel in diesem Jahre erforderlich sein. Baudirektor Dipl. Ing. Gundacker sagt abschließend zu diesem Problem, daß der in dem vorliegenden Wohnbauprogramm dokumentierte Wille zum Wohnungsbau wohl zu begrüßen sei, daß aber seine Erfüllung auf Grund der gegebenen Tatsachen derzeit unmöglich sei. Er macht ferner aufmerksam darauf, daß ein Jahresprogramm mit dem Ende eines Kalenderjahres nicht fertig gestellt sein könne, sondern daß die Fertigstellung immer in das nächste Jahr hineinreiche. So waren im Jahre 1928, als die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien auf ihrem Höhepunkt war, gleichzeitig 10.000 Wohnungen in Bau. Damals ergaben sich, in einer intakten Wirtschaft, bereits große Schwierigkeiten, vor allem auf dem Gebiete des Transportwesens. Die umfangreichen

Baustoffzufuhren verstopften die Bahnhöfe und es war kaum möglich, mit der Sandlieferung nachzukommen. Dieselben Schwierigkeiten bestehen auch heute, nur in noch größerem Ausmaße.

Zur Frage der Baukosten übergehend stellte der Baudirektor vor allem fest, daß das Exposé keine Aufschließungskosten enthält. Diese sind mit durchschnittlich 13% des Bauaufwandes anzunehmen. Dazu kommen die Kosten für die Beschaffung der nötigen Baugründe, die für 20.000 Siedlungshäuser mit 8 Millionen m^2 und für ebenso viele Stockwerksbauten mit 2 Millionen m^2 , also mit 10 Millionen m^2 angenommen werden müssen. Rechnet man den Grundpreis nur mit durchschnittlich 8 S pro m^2 so ergibt sich ein weiteres Kostenerfordernis von 80 Millionen Schilling. Durch die erwähnten zusätzlichen Kosten für Aufschließung und Grundbeschaffung ergibt sich also ein Gesamterfordernis von mehr als $1\frac{1}{2}$ Milliarden Schilling, im Gegensatz zu der im Exposé genannten Summe von 1 Milliarde. Dazu kommt, daß in dem Programm keinerlei Gemeinschaftseinrichtungen eingesetzt sind, wie Schulen, Kindergärten, Geschäftslokale und andere Institutionen. Die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen ergeben, wie Herr Gemeinderat Dr. Soswinski kürzlich in einem öffentlichen Vortrage selbst feststellte eine Verdreifachung dieses Betrages, also einen Gesamtaufwand von $4\frac{1}{2}$ Milliarden Schilling.

In der Debatte erklärte Gemeinderat Maller (KPÖ), daß er nicht in der Lage sei, im Detail auf die Ausführungen des Baudirektors zu erwidern, daß er deren Richtigkeit und Stichhaltigkeit nicht anzweifeln wolle, aber doch vorschlage, einen Unterausschuß einzusetzen, der mit den Experten der Kommunistischen Partei die fachlichen Fragen beraten solle. Nach der Feststellung, daß die westlichen Bundesländer bei der Zuteilung von Baumaterial gegenüber Wien bevorzugt werden und daß die Organe der Stadt Wien dagegen nicht energisch genug ankämpften, beantragte er auch die Einsetzung eines Unterausschusses, der sich mit den Fragen der Baumaterialbeschaffung beschäftigen müßte. Die vom Baudirektor festgestellten Differenzen in der Berechnung der Baukosten fand Gemeinderat Maller nicht so erheblich groß. Zur Lösung der Frage der Finanzierung des Bauprogramms beantragte er die Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses mit dem Finanzausschuß des Gemeinderates.

Gemeinderat Kammermayer (ÖVP) stellt fest, daß die Bautätigkeit jetzt nicht mehr durch den Mangel an Baumaterial sondern häufig schon durch den Geldmangel gehemmt sei. Umsomehr müsse sich alle Aufmerksamkeit dem Zustandekommen des Wiederaufbaufondsgesetzes zuwenden, durch das auch die private Bautätigkeit in Schwung gebracht werden wird.

Stadtrat Novy (SPÖ) stellte fest: Der Wohnungsbau hat drei Faktoren zur Voraussetzung: die Arbeitskraft, das Baumaterial und die Finanzierung. Wir haben bis heute keinen arbeitslosen Bauarbeiter. Die Erscheinung der Jahre seit Kriegsende, daß selbst im Winter kein Bauarbeiter arbeitslos war, ist einzig dastehend in der Geschichte der Bauarbeiterschaft. Aber es muß berücksichtigt werden, daß Bauarbeiter nicht nur für Wohnungsbauten gebraucht werden, sondern auch für Kriegsschadenbehebung an gemeindeeigenen und privaten Wohnhäusern sowie an Industrieobjekten. Mit den in Wien vorhandenen Bauarbeitern ist es daher unter diesen Umständen völlig ausgeschlossen, das Kommunistische Wohnbauprogramm durchzuführen.

Zur Frage der Materialbeschaffung übergehend erklärte Stadtrat Novy, daß sowohl der Bürgermeister wie auch andere Organe der Gemeindeverwaltung in zahlreichen Interventionen versucht haben, die Materialnot zu überwinden. Es gibt darüber keine Abmachungen zwischen den Bundesinstanzen und der Gemeinde. Die Festsetzung des Aufteilungsschlüssels für Baumaterial fällt vielmehr in die Kompetenz des Bundesministeriums. Aber selbst wenn die großen Baumaterialmengen, die die Durchführung des Wohnbauprogramms der KP erfordern, zu bekommen wären, würde bei der jetzigen Transportlage die Zufuhr des Materials aus den entfernteren Bundesländern auf die größten Schwierigkeiten stoßen.

Die Vorschläge zur Finanzierung des Wohnbauprogramms sind aber völlig ungeeignet. Es ist bekannt, daß über den UNRRA-Fonds weder die Regierung noch die Gemeinde Wien, sondern ausschließlich die Instanzen der UNRRA verfügen können und daß in den Satzungen der UNRRA eine Bestimmung enthalten ist, nach der diese Geldmittel auf keinen Fall für den Bau von Wohnungen verwendet werden dürfen. Der zweite Vorschlag des Exposés, zur Finanzierung der Wohnbautätigkeit Inlandanleihen aufzunehmen, kann derzeit ebenfalls nicht durchgeführt werden. Der Bauaufwand von

4 $\frac{1}{2}$ Milliarden Schilling auf 4 Jahre verteilt, ergibt einen jährlichen Geldbedarf von mindestens je 1 Milliarde Schilling. Rechnet man die Verzinsung und Amortisation nur mit 10%, dann würde dafür allein schon nach einem Jahr ein Betrag von 100 Millionen Schilling notwendig sein, also soviel, wie die Gemeinde Wien heuer für den Wohnungsbau ausgibt. In den folgenden drei Jahren würden je weitere 100 Millionen Schilling solcher Annuitäten dazukommen, sodaß nach Durchführung des Wohnbauprogramms ein Kapitaldienst von jährlich 400 Millionen Schilling von der Gemeinde erfüllt werden müßte. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ein solcher Schuldendienst von der Gemeinde auf Jahre hinaus geleistet werden könnte. Dazu kommt aber, daß dann auf keinen Fall auch nur 1 S für eine Fortsetzung des Wohnungsbaues erübrigt werden könnte. Man dürfe sich aber nicht täuschen, daß selbst bei vollkommener Durchführung des Kommunistischen Wohnbauprogramms das Wohnungsproblem in Wien noch keineswegs gelöst wäre.

Stadtrat Novy schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß in Wien wie bisher auch weiterhin jeder zur Verfügung stehende Ziegel verbaut und jeder Bauarbeiter beschäftigt werden wird. Sollten wir mehr Bauarbeiter und mehr Baumaterial zur Verfügung haben, dann werden wir unsere Bautätigkeit erweitern. Die Frage der Finanzierung werden wir in jedem Fall von Jahr zu Jahr überlegen und der zweckmäßigsten Lösung zuführen. Da die Gemeinde Wien ohnedies alle verfügbaren Mittel dem Wohnungsbau zuführt und gewillt ist, dies in steigendem Maße auch in Zukunft zu tun, erübrigt sich eine weitere Diskussion des Kommunistischen Programms in Unterausschüssen, denn wir wollen auch verhindern, daß sich die Bevölkerung hinsichtlich der Möglichkeiten der Bautätigkeit Illusionen hingibt. Die Sozialistische Partei hat immer nur so viel versprochen, als sie zu halten imstande war. Aber was wir versprochen haben, werden wir unbedingt auch einhalten. Wenn sich die Verhältnisse bessern, werden wir die ersten sein, die auf eine Erweiterung des sozialistischen Wohnungsbaues der Gemeinde drängen werden.

Die Verhandlung des Gegenstandes wurde sodann abgebrochen und auf die nächste Sitzung vertagt.

Sodann verhandelte der Ausschuß über einen zweiten Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Gemeinderäte Maller und Genossen, der die Kommunalisierung der Baustoffindustrie verlangt. Stadtbaudirektor Dipl. Ing. Gundacker stellte als Referent fest, daß zur Durchführung dieses Antrages die gesetzlichen Voraussetzungen, die nur durch ein Bundesgesetz geschaffen werden können, fehlen. In der Praxis entspricht aber die Gemeinde bereits seit vielen Jahren dem in diesem Antrag gestellten Verlangen. Eine Reihe von Baustoffbetrieben, wie die Vereinigten Baustoffwerke A.G., die Baubedarfsgesellschaft, die TEERAG, die GESIBA, die Wiener Betriebs- und Baugesellschaft und die Wiener Holzwerke Pötzl, die heute in der Wiener Bauwirtschaft eine führende Rolle spielen, sind entweder zur Gänze oder mit einem namhaften Kapitalsanteil im Besitz der Gemeinde Wien. Die meisten dieser Unternehmungen sind erst auf Grund der Initiative der Gemeinde entstanden.

Nachdem zu dem Gegenstand die Gemeinderäte Bock und Maller gesprochen hatten, beschloß der Ausschuß zur Tagesordnung überzugehen.

Straßenbahnunfall in Simmering

Heute nach 7 Uhr früh stieß bei der Gottschalkgasse, wo die Linie 6 in die Simmeringer Hauptstraße einbiegt, ein Lastwagen in die hintere Plattform des Triebwagens eines Zuges der Linie 6. Dabei wurde der Triebwagen beschädigt. Der Lenker des Lastwagens, der 51jährige Chauffeur Josef Pawlicek, 20., Ospelgasse 21, wurde mit einer schweren Gehirnerschütterung ins Arbeiterunfallspital gebracht. Außer ihm erlitten sechs Straßenbahnpassagiere Prellungen und kleinere Schnittwunden. Es sind dies der 22jährige Hilfsarbeiter Leopold Seitz, der 53jährige Lokomotivführer Richard Schrumpf und seine Gattin Eleonore, der 23jährige Facharbeiter Kurt Schmidt und der 22jährige Kurt Bartes sowie der 56jährige Straßenbahner Karl Grill. Sie konnten nach Erster-Hilfe-Leistung der häuslichen Pflege überlassen werden.

Die Notlage der Privattheater

=====

Heute vormittags sprachen die Vertreter des Theaterdirektorenverbandes unter der Führung ihres Präsidenten Horak beim Bürgermeister vor, um die Notlage der Privattheater zu schildern und die Gemeindeverwaltung um ihre Unterstützung zur Überbrückung der nächsten kritischen Monate zu ersuchen. Der Bürgermeister empfing die Abordnung, der als Vertreter der Gewerkschaft der Bühnengehörigen Prof. Sirovy angehörte, in Anwesenheit von Vizebürgermeister Weinberger und der Stadträte Afritsch und Dr. Matejka. Direktor Horak schilderte die Ursachen der finanziellen Krise, in der sich die Wiener Privattheater derzeit befinden. Sie sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß seit der Währungsreform ein größeres Warenangebot die Kaufkraft der Bevölkerung ausschöpft, was sich für die Theater in einem schlechteren Besuch auswirkt. Es kommt vor, daß die Einnahmen manches Abends nur 20 bis 25% der Reigen decken. Da die in früheren Monaten angesammelten Reserven verbraucht sind, hat sich der Direktorenverband daher entschlossen, an die Gemeindeverwaltung mit der Bitte heranzutreten, einen Überbrückungskredit im Betrage von 5 Millionen Schilling flüssig zu machen. Dadurch würde es den Privattheatern ermöglicht, die kritischen Monate bis zum Ende der Saison durchzuhalten. Die Theaterdirektoren hoffen, daß die neue Spielzeit nicht nur wieder erfolgreich sein wird, sondern dass vor allem Störungen, wie sie im vorletzten Winter durch die Strom- und Brennmaterialkrise entstanden sind, in Zukunft vermieden werden können.

Die Vertreter der Gemeinde sagten die Prüfung der von den Theaterdirektoren berichteten Lage zu. Aus der vor kurzem vom Gemeinderat abgeführten Budgetberatung ist bekannt, daß die Gemeinde Wien mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, um die im Budget vorgesehen dringendsten Ausgaben finanziell sicherzustellen. Der Voranschlag rechnet mit einem Defizit von 140 Millionen Schilling von dem bisher kaum 60 Millionen gedeckt werden konnten. Die finanzielle Sicherung der Privattheater könne daher keinesfalls von der Gemeinde allein bestritten werden. Es müssen vielmehr auch die zuständigen Instanzen des Bundes zu

Hilfe gerufen werden. Bürgermeister Körner stellte am Schluß der Aussprache fest, daß die Gemeindeverwaltung die Angelegenheit prüfen werde, daß der Direktorenverband aber auch an die Bundesregierung herantreten und ersuchen solle, die Privattheater in ihrem Existenzkampf zu unterstützen. Die Vertreter der Gemeindeverwaltung hatten in der Aussprache die Theaterdirektoren auf verschiedene Unzulänglichkeiten und Mängel der jetzigen Theateraufführung aufmerksam gemacht und für die Folge eine Besprechung der Maßnahmen, die zu einer Sicherung der Theaterbetriebe führen könnten, in Aussicht genommen.

28.922 Jahre werden im Rathaus geehrt
=====

Vorgestern, gestern und heute lud die Gemeinde Wien wieder Goldene Hochzeiter aus den Bezirken 1 bis 22 ins Rathaus, um sie anläßlich ihre Jubiläums zu ehren. In festlich geschmückten Stadtsenatssitzungssaal waren an diesen drei Tagen insgesamt 10 Diamantene und 181 Goldene Hochzeitspaare versammelt, denen Bürgermeister Dr. h.c. Körner, die Vizebürgermeister Honay und Weinberger, die Stadträte Flödl, Dr. Freund, Dr. Matejka, Novy, Resch, Rohrhofer und Sigmund sowie die Bezirksvorsteher der einzelnen Bezirke gratulierten.

Der Bürgermeister hob in seinen Ansprachen hervor, daß es die Gemeinde Wien als besonders ehrenvolle Aufgabe betrachte, den alten Leuten nach Möglichkeit zu helfen.

An die Jubelpaare, von denen die Männer zusammen 14.699 Jahre und die Frauen zusammen 14.223 Jahre alt sind, wurden Lebensmittelpakete mit insgesamt 191 kg Zucker, 382 kg Mehl, 28 kg Bohnenkaffee, 382 Flaschen Wein, 191 Flaschen Öl und 191 Torten verteilt. Ausserdem wurde jedem Jubelpaar ein Diplom und eine Geldkassette überreicht. Die Höhe der Geldspenden der Gemeinde betrug 9.650.-- S.

Ausgabe von Seefischen

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Für die kommende Woche werden Seefische ausgerufen. Es erhalten auf Abschnitt 7 der Lebensmittelkarte der laufenden Periode Kinder bis zu 3 Jahren 200 Gramm, Kinder von 3 bis 6 Jahren 250 Gramm, Kinder von 6 bis 12 Jahren 350 Gramm und alle Konsumenten über 12 Jahren 300 Gramm.

Außerdem werden die Fleischkleinabschnitte der dritten Woche dieser Periode mit je 150 Gramm Seefische eingelöst.

Auf Abschnitt 26 erhalten Schwerst- und Schwerarbeiter 500 Gramm; Arbeiter sowie werdende und stillende Mütter 600 Gramm und Angestellte 400 Gramm. Die Ausgabe erfolgt ab Freitag, den 9. April 1948. Abschnitt 7 mit Aufdruck "SV" ist ungültig.

Konstituierung des Wiener Landes-Sanitätsrates

Heute nachmittags fand in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. h. c. Theodor Körner, der in Begleitung des Mag. Dir. Dr. Kritscha erschienen war, im Gesundheitsamt der Stadt Wien die Konstituierung des neuernannten Landes-Sanitätsrates für Wien statt. Der amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Lois Weinberger, eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er auf die Unterbrechung der Tätigkeit des Landes-Sanitätsrates seit dem Jahre 1938 hinwies und die Bedeutung dieser wichtigen Körperschaft für das Gesundheitswesen der Stadt hervorhob. Bürgermeister Körner, der darauf die Konstituierung einleitete, warf die Aufgaben, die dem Landes-Sanitätsrat obliegen und begrüßte als Landeshauptmann von Wien, die teils durch den Bundesminister für soziale Verwaltung, teils durch den Wiener Stadtsenat bestellten Mitglieder. Er versprach die volle Unterstützung der Gemeindeverwaltung für die Arbeiten des neuen Landes-Sanitätsrates.

Anschließend wurde in geheimer Wahl Dozent Dr. Alfred Schneiderbauer, Direktor und Primararzt des Krankenhauses der

8. April 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 535

Stadt Wien in Lainz, zum Vorsitzenden, Dozent Dr. Paul Grünz, Direktor und Primararzt an der Wiener Allgemeinen Poliklinik, zum Vorsitzendenstellvertreter berufen. Als Mitglieder gehören dem Landes-Sanitätsrat außerdem an: Professor Dr. Philipp Erlacher, Professor Dr. Alfred Frisch, Professor Dr. Hans Heidler, Oberstadtphysikus Dr. Ehrenfried Lande, Professor Dr. August Reuss, Professor Dr. Max Schacherl und Professor Dr. Albert Wiedmann.

Diese Zusammensetzung des neukonstituierten Landes-Sanitätsrates für Wien läßt eine erfolgreiche Tätigkeit erwarten. Die gesunde Mischung zwischen erfahrenen, älteren Wissenschaftlern und Vertretern der jüngeren medizinischen Schule von Wien verbürgt ein gutes Funktionieren dieser beratenden Körperschaft. Mit ihrem Wiederaufleben erfährt das städtische Gesundheitswesen die verfassungsmäßige demokratische Untermauerung.